

FPÖ gegen „Wegsperren“ der Alten und Kranken!

Die Kärntner Freiheitlichen lehnen ein generelles Besuchsverbot in Spitälern und Pflegeheimen entschieden ab. Mit Antigen-Schnelltests ließen sich die Ansteckungsgefahr minimieren und die Folgen der Vereinsamung verhindern, betont Landesparteiobmann Gernot Darmann. **S. 13**

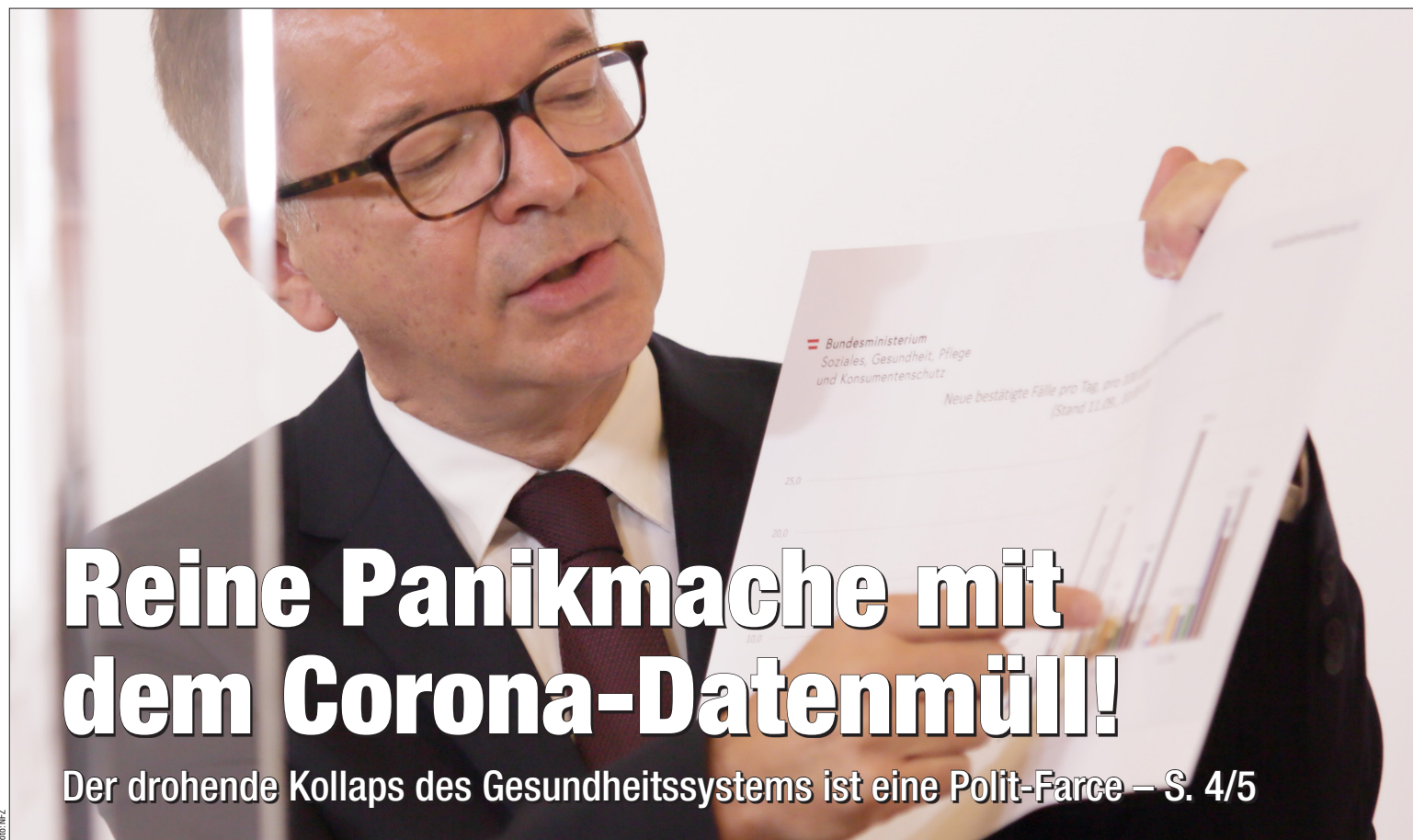


Foto: FPÖ Kärnten

Wieder Isolationshaft für die Österreicher!

Kommt nach Kurz' „freiwilligem“ Massentest auch die Zwangsimpfung?

S. 2/3



Reine Panikmache mit dem Corona-Datenmüll!

Der drohende Kollaps des Gesundheitssystems ist eine Polit-Farce – **S. 4/5**

PARLAMENT

Sozialabbau nach Plan

Millionen für Konzerne, aber schier unüberwindbare Bürokratiehürden für die Klein- und Mittelbetriebe. Dazu Sozialabbau bei den Arbeitnehmern über Abschaffung der „Hacklerregelung“ und keine Aufstockung des Arbeitslosengeldes kritisiert die FPÖ. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Wahlen ohne Ende?

Während der ORF nach wie vor „keine Beweise“ für Wahlfälschung bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl ausmachen will, ist genau deswegen eine Neuauszählung der Stimmen in Georgia bereits angeordnet und droht in drei weiteren Bundesstaaten. **S. 8/9**

WIEN

Neue Köpfe, alter Kurs

Trotz Ausscheiden der Grünen aus der Wiener Landesregierung gibt es keinen Kurswechsel in der Bundeshauptstadt, kritisierte FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp: „Leere Phrasen und fehlender Mut werden Wien nicht nach vorne bringen.“ **S. 11**

MEDIEN

Gekaufte Medien

Nach dem ersten „Lockdown“ hat Schwarz-Grün 32 Millionen Euro an „Corona-Sonderförderungen“ an die Medien verteilt. Das zeigte Wirkung, die Medien sind zu einer Echokammer der Bundesregierung geworden, die tun und lassen kann, was sie will. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Nachdem der russische und der chinesische Impfstoff gegen das Corona-Virus zu wenig oder zu viel Wirkung (tödliche Nebenwirkungen) gezeigt haben, konzentriert sich alles auf die Produkte von Pfizer/Biontech und Moderna.

Glauben statt Wissen

Was allerdings nicht vermeldet wird: Zu der behaupteten Wirkung der Impfstoffe der beiden gibt es noch keine Studien zu deren klinischen Wirksamkeit (Schutz vor Infektion mit SARS-CoV-X). Denn die ist aufwendig nachzuweisen und dauert Jahre. Bisher weiß man nur, dass die beiden gentechnisch manipulierten Stoffe eine Immunreaktion auslösen.

Ähnlich verhält es sich mit den Budgetvorstellungen 2020/2021 unserer Regierung: Nichts genaues weiß man nicht. Vor allem welche Folgewirkungen die vom Bundeskanzler mit religiöser Inbrunst inszenierten „Lockdowns“ haben werden – außer dass sie die heimische Wirtschaft auf Jahre hinaus schädigen.

Freuen können sich darüber die Chinesen, dass ihre beiden Spitzenprodukte, Batterien für Elektroautos und das Corona-Virus, in Europa voll eingeschlagen haben und bei ihrem Aufstieg zur Weltwirtschaftsmacht Nummer Eins nur mehr die USA im Wege stehen.

Mit den Batterien verhält es sich übrigens ähnlich wie mit dem Virus: Bei beiden sind die Nebenwirkungen für Europas Wirtschaft extrem gefährlich und über die Folgewirkungen – bei den Batterien etwa für die Umwelt – will man nichts wissen.

Nichts wissen wollen, heißt glauben müssen, dem Bundeskanzler und seiner „Erlösungs-politik“. Also Massentests und Pflichtimpfung. Amen!

Schwarz-grüne Flucht aus

Freiheitliche befürchten nach zweitem „Lockdown“ und geplantem Mass

Eine Woche des Schreckens haben die Österreicher hinter sich. Und das mit der Aussicht, dass sich diese schwarz-grüne Schreckensherrschaft nicht nur im zweiten „Lockdown“ bemerkbar machen wird. Denn danach drohen Massentests, die Zwangsimpfung und das Begleichen des höchsten Budgetdefizits der 2. Republik.

Scharfe Kritik an dem von der Regierung verhängten neuerlichen „Lockdown“ übte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Er erinnerte daran, dass die Regierung den „Lockdown“ lange geleugnet habe. „Der Gesundheitsminister hört heute noch die Enten quaken“, bemerkte Kickl zur Aussage von Gesundheitsminister Rudolf Anschober von Ende September, als dieser die FPÖ-Befürchtung nach einem zweiten „Lockdown“ nicht nur als „(Zeitungs)Ente, sondern als ganze Entenfarm“ abtat.

Gescheiterte „Erlöserstrategie“

Zu den von Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigten Massentests werde die FPÖ einen Teststopp bei allen asymptomatischen Personen beantragen. Ebenso werde es einen Antrag gegen die Einführung von Zwangsimpfungen geben.

Kickl warf der Koalition vor, mit ihrer „Erlöserstrategie“ versagt zu haben und mit dem neuerlichen „Lockdown“ wieder die Flucht aus der Verantwortung anzutreten: „Obwohl sie die zweite Welle ständig im Mund geführt und permanent von der ‚Alternativlosigkeit‘ ihrer Einschätzungen geredet hat, ist nichts geschehen. Das Ge-

sundheitssystem und vor allem der Ausbau der Intensivmedizin sind sträflich vernachlässigt worden!“

Man hätte die Zeit seit dem Frühjahr nutzen müssen, um das Gesundheitssystem vorzubereiten. Aber die Regierung habe auf die Disziplin verzichtet, die sie seit Monaten von den Österreichern einfordern würde, kritisierte Kickl.

Kürzung im Gesundheitsbudget

Statt mehr Geld für das Gesundheitssystem bereitzustellen, gebe es 130 Millionen Euro weniger im Budget, weil damit die größtensinnige Idee des Bundeskanzlers zu Massentests finanziert werden soll. Und 200 Millionen sind für einen Impfstoff reserviert, obwohl niemand wissen kann, ob dieser überhaupt wirke oder welche langfristigen Nebenwirkungen er habe.

„Einige wenige werden sich daran eine goldene Nase verdienen, viele aber werden die Zeche zahlen“, betonte der freiheitliche Klubobmann. Statt die Österreicher in den „Lockdown“ zu schicken, hätte sich diese Bundesregierung in die Selbstisolation verabschieden sollen.

Obwohl neue Studien zum ersten „Lockdown“ und selbst die



Herbert Kickl kritisiert den zweiten sch
publik, sie ruinieren heimische Betrieb

Weltgesundheitsorganisation vor Schließungen der Schulen warnen, habe Kurz – über den Bildungsminister hinweg – dies dennoch entschieden, kritisierte FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl: „Nicht nur, dass sich beim ersten ‚Lockdown‘ zahlreiche Lerndefizite bei den Schülern eingestellt haben, führten diese auch zu unübersehbaren psychischen Belastungen bei den Kindern.“

Koalition lässt Eltern im Stich

Zusätzlich gebe es für die Eltern diesmal auch keine automa-



SPITZE FEDER Schwarz-grüner Alptraum.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckergesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

der Verantwortung

entest eine Impfpflicht durch die Hintertür



schwarz-grünen „Lockdown“: „Sie agieren als Totengräber der Zweiten Republik und Arbeitsplätze und produzieren eine verlorene Bildungsgeneration!“

tischen Sonderbetreuungszeiten, wenn sie das „Homeschooling“ ihrer Kinder beaufsichtigen und diese zu Hause betreuen, empörte sich FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch: „Die Bekämpfung der gesundheitspolitischen Herausforderung des Coronavirus dient der ÖVP und ihren grünen Helfershelfern letztlich nur dazu, ein neues System der ‚Leibeigenschaft‘ zu etablieren. Aus mündigen Bürgern, Unternehmern und Arbeitnehmern sollen Untertanen, Bittsteller und Almosenempfänger gemacht werden.“

Auf die neuerlich versprochenen „unbürokratischen“ Hilfszahlungen reagierte FPÖ-Budgetsprecher Hubert Fuchs mit Hohn und Spott: „Rasch und unbürokratisch hat bis dato gar nichts funktioniert; und schuld sind immer die anderen, aber nie die Bundesregierung.“

Mit dem Budgetdefizit von mehr als 22,6 Milliarden Euro für 2021 werde Schwarz-Grün die Staatsschulden auf rund 85 Prozent des BIP hochtreiben: „In nicht einmal elf Monaten haben Sie zwei Jahre freiheitlicher Budgetsanierungsarbeit zunichte gemacht!“

KURZ UND BÜNDIG



Kein Platz für Scharia

Zwei Wochen nach dem islamistischen Terroranschlag in Wien werden immer mehr Informationen über das Leben des Attentäters und seiner Mittäter bekannt. In den Einvernahmen bei der Polizei haben viele Verdächtige aus ihrer Zuneigung zum so genannten „Islamischen Staat“ und zur Scharia kein Hehl gemacht. „Wer die Scharia über heimische Gesetze stellt, dem ist die österreichische Staatsbürgerschaft oder die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen“, forderte FPÖ-Chief Norbert Hofer (Bild).

Terrorfinanzierung

Wie aus der Beantwortung einer Anfrage des FPÖ-Sicherheitssprechers Hannes Amesbauer (Bild) hervorgeht, wurden im Zeitraum 2014 bis einschließlich Juni 2020 in Österreich insgesamt 143 Anzeigen wegen Terrorismusfinanzierung eingebracht. „Die Bekämpfung von Terror ist bereits an der Wurzel zu packen, und etwaige Finanzierungen für derartig feige Attacken sowie die Planung solcher sind mit aller Konsequenz mit der vollen Härte des Gesetzes zu verfolgen“, forderte der FPÖ-Sicherheitssprecher.



Dschihadisten-Paradies

Medienberichten zufolge wurde ein Tschetschene mit russischem Pass, der dem radikalen Islam zuzuordnen ist, bereits einmal in Deutschland und zweimal in Österreich wegen illegalen Waffenbesitzes rechtskräftig verurteilt, aber nie inhaftiert. „Umso schwerer wiegt, dass der Tschetschene von den Behörden auch mit den Attentätern von Paris in Zusammenhang gebracht wurde“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz (Bild) die beinahe täglich veröffentlichten Berichte zum Versagen heimischer Behörden: „Österreich entpuppt sich immer mehr als ein Mekka für Terroristen und Dschihadisten.“

SPRUCH DER WOCHE



„Die Slowakei hat es geschafft, bei dieser Massentestung 10.000 positive Tests zu erwirken und diese Menschen durch Quarantäne aus dem Verkehr zu ziehen.“

Sebastian Kurz
15. November 2020

Sein Ziel sind möglichst viele positive Testungen, um dann die Freiheitsrechte umso rigoros einschränken zu können.

Aus dem Elterninfoblatt des Bildungsministeriums:

„Versuchen Sie, für Ihre Kinder einen separaten, ruhigen Arbeitsplatz zu schaffen, der diesen für die gesamte Zeit zur Verfügung steht. Lern- und Spielräume sollten, wenn möglich, getrennt werden.“

BILD DER WOCHE „Homeschooling“, aber bitte mit einem eigenen Klassenraum und einem Turnsaal für das Kind im Haushalt.

„Eine Massentestung halte ich für eine schlimme Drohung des Kanzlers!“

Der freiheitliche Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak wirft im NFZ-Interview der schwarz-grünen Koalition vor, das Gesundheitswesen angesichts der zu erwartenden herbstlichen Infektionswelle im Regen stehengelassen zu haben. Er warnt vor einer „freiwilligen Massentestung“ wie in der Slowakei, wo neben den positiv Getesteten auch die Nichtteilnehmer sofort unter Quarantäne gestellt wurden.

Herr Abgeordneter, müssen sich die Österreicher wirklich darauf gefasst machen, dass wegen der aktuellen Corona-Situation vor den Spitälern Selektionskommandos warten, die entscheiden, wer im Spital behandelt wird und wer nicht?

Kaniak: Nein, das ist nicht der Fall und wird auch so schnell nicht der Fall sein. Trotz der vielen positiven Testungen sind derzeit rund 20 bis 25 Prozent der vorhandenen intensivmedizinischen Kapazitäten durch Covid-19-Patienten belegt. Wir sind also von einer Überlastung des Systems noch weit entfernt. Auch wenn es durch versäumte organisatorische Maßnahmen in einzelnen Kliniken durchaus sein kann, dass man an die Grenzen stoßen könnte.

Gibt es überhaupt valide Daten aus dem letzten halben Jahr, die diesen zweiten „Lockdown“ rechtfertigen?

Kaniak: Anhand der Daten, die uns die Regierung vorgelegt hat, lässt sich dieser „Lockdown“ nicht rechtfertigen. Die Datenbasis ist sehr schlecht, nicht einmal der Gesundheitsminister weiß, welche Zahlen überhaupt stimmen. Die Prognoseexperten der Regierung haben bemängelt, dass sie deswegen auch nur schlechte Prognosen erstellen können. Was die Positiv-Testungen anbelangt, zeigt sich jetzt bereits, dass wir einen deutlichen Rückgang haben, von mehr als 8.000 als Vorwochenstipitze auf knapp 4.000 diesen Montag.

Wenn man sich das Dashboard des Gesundheitsministeriums zu den Bettenkapazitäten ansieht, dann gibt es seit April einen Schwund an Normal-, wie auch an Intensivbetten. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Kaniak: Ich habe selber festgestellt, dass im Bereich der für Covid-19-Patienten verfügbaren

Kapazitäten tausende Betten innerhalb weniger Tage verschwunden sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese wegen regulärer Belegungen aus dem Reservoir herausgenommen wurden. Es handelt sich dabei vielmehr um politisches Kalkül, um die Situation entsprechend dramatisch darstellen zu können. Natürlich stimmt es, dass nicht alle vorhandenen Betten

„Was hat diese Bundesregierung im letzten dreiviertel Jahr gemacht, um die Spitäler auf die ‚zweite Welle‘ vorzubereiten, damit die vorhandenen Betten auch belegt werden können, also genügend Personal bereitsteht?“

auch genutzt werden können. Das kennen wir auch aus dem Pflegebereich, das liegt am mangelnden Personal. Was also hat die Bundesregierung im letzten dreiviertel Jahr gemacht, um die Spitäler auf die „zweite Welle“ vorzubereiten, damit die vorhandenen Betten auch belegt werden können, also genügend Personal vorhanden ist? Natürlich kann man in der Zeit keine Diplompflegekraft ausbilden,

aber man hat nicht einmal versucht, Medizinstudenten zu aktivieren,

Teilzeitkräfte aufzustocken oder pensionierte Kräfte zu reaktivieren. Dieses Personal- und Ressourcen-Management hat die Bundesregierung in ihrem ungebrochenen Selbstdarstellungsdrang völlig außer Acht gelassen. Denn eines war jedem klar: Der Winter kommt bestimmt, und damit auch die Infektionen wie Influenza, die unser System schon öfter bis an die Kapazitätsgrenzen belastet hat – oder eben Covid-19.

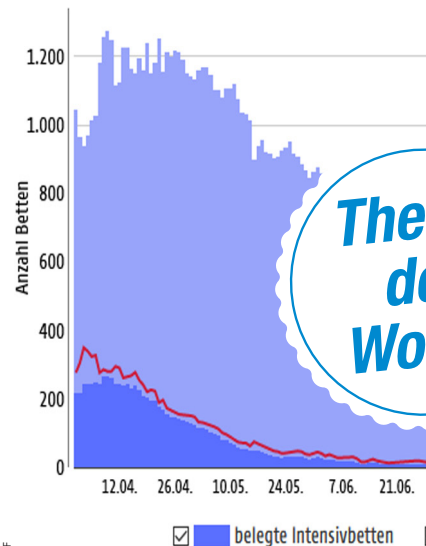
Der Bundeskanzler will jetzt eine Massentestung wie in der Slowakei durchführen. Was halten Sie grundsätzlich davon, und welche Alternativen schlagen die Freiheitlichen zur Bekämpfung des Virus vor?

Kaniak: Diese Massentestung halte ich für eine schlimme Drohung. Denn es wird bei dieser „freiwilligen Teilnahme“ der Slowakei verschwiegen, dass über Nichtteilnehmer dann genauso wie über positiv Getestete eine Ausgangssperre verhängt wurde. Das werden wir Freiheitlichen keinesfalls zulassen.

Teilen Sie den Optimismus des Kanzlers, dass mit einer Impfung im kommenden Frühjahr das Problem Covid-19 erledigt ist?

Kaniak: Nein, das Problem ist garantiert nicht gelöst. Es kann zwar sehr gut sein, dass es im Frühjahr zugelassene Impfstoffe gibt. Nur, wie zuverlässig diese sind, welche Nebenwirkungen sie haben und für wen sie tatsächlich geeignet sind, steht noch in den Sternen. Und dann gibt es noch das Problem der Produktion und das der Verteilung, die wir jedes Jahr beim Grippeimpfstoff haben. Und bei dem haben wir eine Durchimpfungsrate von nicht einmal 20 Prozent. Und ob wir das bei der Covid-19-Impfung erreichen können, bezweifle ich ganz stark.

Auslastung der Intensivbetten für Österreich insgesamt



Schwarz-grüner Hokusfokus: Wohin

Die Koalition

Ohne verwertbare Daten

Steht Österreichs Gesundheitssystem wirklich vor dem Kollaps, wie die Bundesregierung jetzt behauptet? Nein, sagen die freiheitlichen Bereichssprecher Dagmar Belakowitsch und Gerhard Kaniak. Die Regierung habe es schlichtweg versäumt, über den Sommer die Datensammlung und -verarbeitung sowie die Vorbereitung der Spitäler auf die herbstliche Infektionswelle zu organisieren.

Letzte Woche hat der Chef der AGES in einer schriftlichen Stellungnahme an die Stadt Wien eingestanden, wo der Hund im System begraben liegt: Die Datenbank – auf deren Basis der Gesundheitsminister seit Wochen vor der Katastrophe warnt – ist eigentlich nur darauf ausgelegt, um 7.000 Salmonellenfälle im Jahr (!) zu dokumentieren. Kein Wunder, dass das System bei der Dokumentation von täglich (!) mehr als 30.000 Corona-Testungen kollabiert.

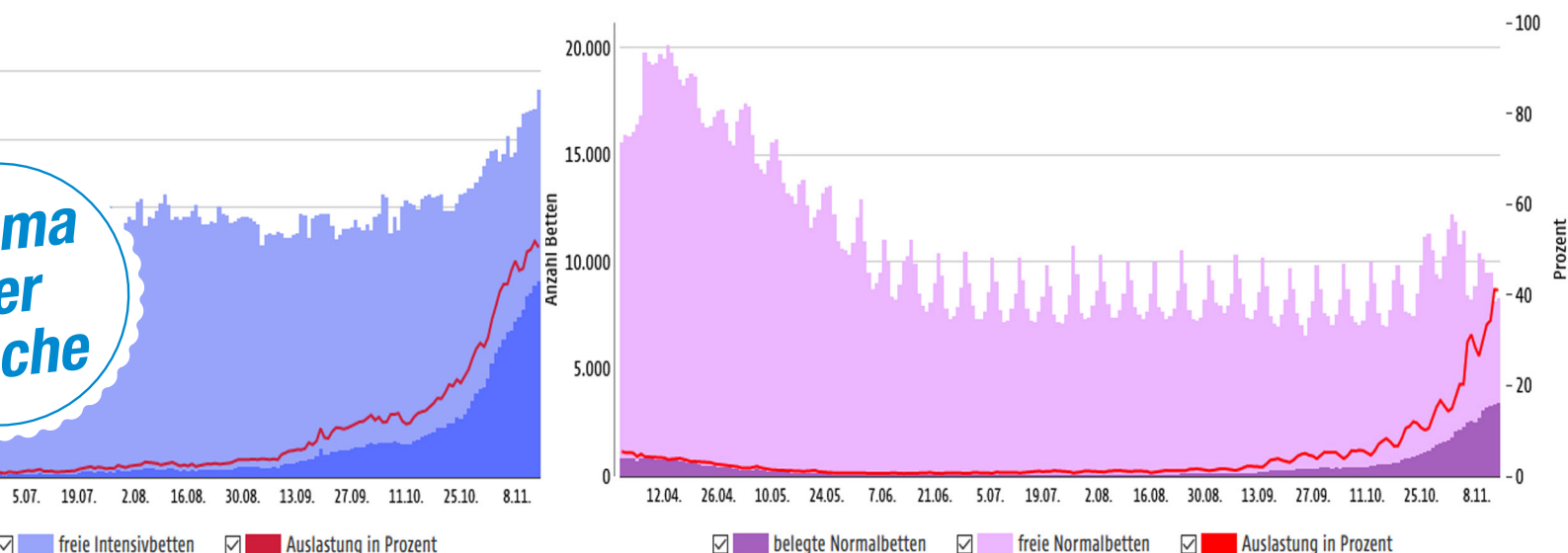
Das von Gesundheitsminister Rudolf Anschober verkündete „erfolgreiche Update des Systems“ in der letzten Woche war reine Beschwichtigung. Denn die Bundesländer beklagten reihenweise, dass



Foto: NFZ

Covid-19-Patienten in

Auslastung der Normalbetten für Covid-19-Patienten in Österreich insgesamt



sind die im März 2020 gemeldeten freien Intensiv- und Normalspitalsbetten plötzlich im Herbst verschwunden?

tion und ihr Corona-Datenmüll

zur Corona-Lage schicken Schwarz-Grün die Österreicher in den zweiten „Lockdown“

es bei der Eingabe ihrer täglichen Testergebnisse weiterhin zu regelmäßigen Systemabstürzen komme.

Schwarz-grüne Scharlatanerie

„Seit Monaten redet Kanzler Sebastian Kurz bereits von der 2. Welle, die Regierung hat aber im Gesundheitswesen keinerlei Vorkehrungen getroffen – weder personell, noch in der Infrastruktur“, empörte sich die freiheitliche Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch über diese Demaskierung der schwarz-grünen Corona-Scharlatanerie.

In Wahrheit hätte die Koalition die erforderliche gesundheitspolitische Mobilmachung über den Sommer schlichtweg verschlafen, einen behaupteten Masterplan habe es nur für die täglichen PR-Aktionen von Schwarz-Grün gegeben, kritisierte Belakowitsch und zeigte die Folgen dieser fortgesetzten menschenverachtenden Selbstinszenierung der Koalition auf: „Der Schutz der vulnerablen Gruppen wurde konsequent ignoriert, sonst hätten wir jetzt nicht in den Alten- und Pflegeheimen explosionsartig steigende Zahlen an Infizierten.“

Außerdem sei der Bundeskanzler bei der Verkündung des zwei-

ten „Lockdown“ mit keinem Wort darauf eingegangen, dass alle statistischen Instrumente – von der Corona-Ampel über das „Contact Tracing“ bis hin zum epidemiologischen Meldesystem – und damit auch sämtliche Modellrechnungen, die in einem monatelangen Propagandavorlauf die 2. Welle vorbereitet hätten, sich als untaugliche und in letzter Konsequenz als unseriöse Verfahren dargestellt hätten. „Niemand in dieser Regierung hat auch einen empirisch tatsächlich validen Gesamtüberblick über das reale Infektionsgeschehen“, erklärte Belakowitsch.

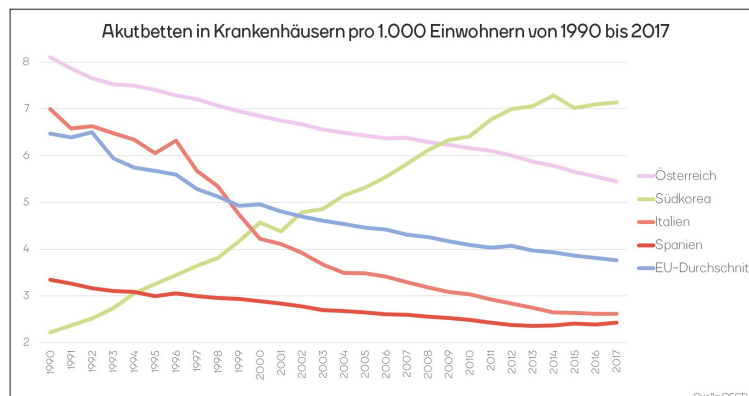
Koalition sabotiert die Spitäler

Für die jetzt dargestellte „Notfallsituation im österreichischen Gesundheitswesen“ habe die Bundesregierung aber keinerlei Lösungsansatz. Ganz im Gegenteil, Kurz & Co würden zielgerichtet darauf hinarbeiten, diese Situation erst zu schaffen, kritisierte Belakowitsch: „Kurz investiert hunderte Millionen Euro in Massentestungen und Zwangsimpfungen, aber kürzt gleichzeitig im Budget die Mittel für die Krankenanstalten um rund 130 Millionen Euro, was einen massiven Abbau des medizinischen Personals bedeuten wird.“

Aber genau diese knappe Personalressource ist der Schwachpunkt des Systems in dieser Pandemie!“

„Was wir nun dringend benötigen, ist ein einheitliches und transparentes Meldeschema für Normal- und Intensivbetten über das gesamte Bundesgebiet“, erklärte dazu FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak. Von den etwa 42.000 öffentlichen Krankbetten in Österreich werden der AGES derzeit bis zu 10.000 für Corona-Patienten gemeldet, von denen, Stand Montag, 3.425 oder knapp 41 Prozent belegt seien. Ebenso müsse es ein einheitliches bundesweites Aufnahme- und Entlassungsverfahren geben, betonte Kaniak: „Symptomfreie Verdachtsfälle können ebenso gut in häusliche Betreuung entlassen werden wie Patienten mit überstandener Erkrankung bei entsprechend hohen CT-Werten in ihren PCR-Tests.“

Österreich sei noch lange nicht an seine Kapazitätsgrenzen gelangt, wenn man die Kapazitäten intelligent nutze, betonte der FPÖ-Gesundheitssprecher: „Sicher ist nur eines, nämlich, dass wir durch die falsche Datendarstellung der Bundesregierung in diesen zweiten „Lockdown“ gestoßen wurden.“



Trotz der Reduktion der Intensivbetten ist Österreich in der „Corona-Krise“ von „italienischen Zuständen“ noch weit entfernt.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Diese Plenarwoche stand vollkommen im Zeichen des Budgets. Davon hörte man im Detail nicht viel, jedenfalls nicht viel Positives. Im Gegenteil, außer, dass ÖVP und Grüne die sogenannte Hacklerregelung abschaffen, herrschte weitgehend Funkstille. Das lag auch an der verschärften Ausgangssperre, die am selben Tag in Kraft trat. Zurecht forderte unser Klubobmann daher, nicht die Bürger dieses Landes, sondern seine Regierung in einen „Lockdown“ zu schicken.

Handeln statt Lavieren

Dies hat zwei Wochen nach dem islamistischen Terroranschlag in Wien, der vier Todesopfer und zahlreiche Verletzte forderte, seine volle Berechtigung. Diese verabscheuungswürdige Tat wurde von einem bereits verurteilten und amtsbekannten Sympathisanten und Anhänger des „Islamischen Staates“ geplant und durchgeführt. Mittlerweile sind eine ganze Reihe von himmelschreienden Pannen ans Tageslicht getreten. Jede für sich Grund genug, den Innenminister erneut mit einem Misstrauensantrag zu konfrontieren.

Für Verwunderung sorgte das Abstimmungsverhalten der SPÖ im Hauptausschuss, in dem die Ausgangssperre beschlossen wurde. Die hat diesmal nämlich mit der FPÖ gegen die Regierungslinie gestimmt. Vor zehn Tagen, als die Regierung ihr „Lockdown“-Theater begann, war die SPÖ noch dafür.

Die Corona-Pandemie und die sich daran knüpfende Frage, wer am Ende des Tages all das bezahlen soll, duldet kein Lavieren, sondern Haltung. Die unseres Klubs ist unmissverständlich!

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Doch kein Kennenlernen

Das Oberlandesgericht Wien hat Beschwerden gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Betrugs bei der Beschaffung der Eurofighter im Jahr 2003 und beim Vergleich im Jahr 2007 zurückgewiesen. Damit hat sich die Drohung von ÖVP-Ministerin Klaudia Tanner (Bild) „EADS wird mich noch kennenlernen!“ nur als heiße Luft erwiesen, für die die Steuerzahler sieben Millionen Euro an Verfahrenskosten hinblättern dürfen.



FINANZPOLITIK

Budgetzahlen

ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel hat im Budgetausschuss das Budgetdefizit für das Jahr 2021 mit 22,6 Milliarden Euro beziffert. Die Staatsschulden werden damit auf 85 Prozent des BIP ansteigen. Nicht eingerechnet sind in die Zahlen allerdings die Folgekosten des zweiten „Lockdown“.

Der Beginn des großangelegten Sozialabbaus

Hilfe für Großkonzerne wird finanziert über den Sozialabbau

Die ÖVP setzt mit den Grünen unter dem Deckmantel des Coronavirus schrittweise den großangelegten Sozialabbau um, kritisiert FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch.



Belakowitsch: ÖVP setzt zum großen Sozialabbau an.

„ÖVP und Grüne verkaufen die Bevölkerung für dumm: Sie schicken das Land in einen zweiten ‚Lockdown‘ und starten mit ihrem Anschlag auf die Hacklerregelung einen großangelegten Sozialabbau zu Lasten der Arbeitnehmer“, erklärte Belakowitsch zum Start der Budgetwoche am Dienstag.

Nur Arbeitslose produziert

Mit den seit März umgesetzten Covid-19-Maßnahmen habe die schwarz-grüne Bundesregierung Österreich die höchste Zahl

an Arbeitslosen und die meisten Arbeitnehmer in Kurzarbeit seit 1945 beschert. „Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe inklusive der Familien-

zuschläge um 30 Prozent, was einer Nettoersatzrate von 70 Prozent entspricht, ist dringend notwendig und volkswirtschaftlich vernünftig“, betonte Belakowitsch, die einen diesbezüglichen Antrag der Freiheitlichen einbrachte.

Damit nicht genug, verhöhne die Koalition die heimische Bevölkerung, indem man mit einem „Covid-19-Armuts-gesetz“ ganze acht Euro monatlich an sozialbedürftige Personen und Familien ausschüttet, die entweder für die Kinder, oder die Heizkosten verwendet werden können. „Den Gipfel der sozialen Kälte stellt die bis Freitag geplante Abschaffung der Hacklerregelung dar, die abschlagsfreie Pension für Langzeitversicherte mit 45 Versicherungsjahren“, kritisierte die FPÖ-Sozialsprecherin.

Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz

„Mit dem zweiten ‚Lockdown‘ hat es die schwarz-grüne Regierung geschafft, die wirtschaftliche Not in Österreich noch einmal zu ver-



größern und den Kampf unzähliger Unternehmen um ihr Überleben massiv zu erschweren“, kritisiert FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer den zweiten „Lockdown“ der Bundesregierung.

Doch anstatt endlich Unterstützung und Hilfestellung für alle Betroffenen anzubieten, gebe es – wie auch bereits beim Härtefallfonds – wieder einen Raster, durch den dieses Mal auch die indirekt von der Sperre betroffenen Unternehmen fallen dürften, warnte Angerer: „Der direkt vom ‚Lockdown‘ betroffenen Gastronomie wird ein 80-prozentiger Umsatzerersatz ver-

sprochen. Doch was ist mit jenen Unternehmen, die nicht unmittelbar von einer Betriebsschließung betroffen sind?“

Um wenigstens ein paar dieser Löcher zu schließen, brachte die FPÖ diese Woche einen Antrag zur dringenden Umsetzung des Fixkostenzuschusses II und zur Ermöglichung eines Umsatzerersatzes für alle auch indirekt vom zweiten „Lockdown“ betroffenen Unternehmen ein. Damit wolle die FPÖ eine „Zweiklassengesellschaft bei den Corona-Hilfen“ wie beim ersten „Lockdown“ verhindern, erläuterte der FPÖ-Wirtschaftssprecher.

U-Ausschuss zum Anschlag wird kommen

Falls Koalition diesen nicht selbst beschließt, will FPÖ die Ibiza-Untersuchungen abkürzen

Die FPÖ beharrt auf einem Untersuchungsausschuss zum Versagen des Verfassungsschutzes und des Innenministeriums vor dem Islamisten-Attentat in Wien. Weil die Opposition wegen des laufenden Ibiza-Untersuchungsausschusses keinen weiteren U-Ausschuss einberufen kann, schlug Klubobmann Herbert Kickl ein vorzeitiges Ende der Ibiza-Untersuchungen vor.

Die Erklärungen, mit denen ÖVP-Innenminister Karl Nehammer seine politische Verantwortung als Innenminister für das Versagen seiner Behörde von sich zu weisen versuche, geraten bereits so abenteuerlich abstrus und hinterfotzig, dass ein Untersuchungsausschuss mehr als gerechtfertigt sei, erklärte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl: „Wenn er jetzt schon die Schuld für das Versagen des BVT seinem Vorgänger, nämlich mir, in die Schuhe zu schieben versucht, dann versucht er damit einzig die Blockadehaltung der ÖVP zu vertuschen, die die seit Mai 2018 von mir geplante Neuaufstellung des BVT verhindert hat.“

Kickl erinnerte auch daran, dass die ÖVP die Vorschläge der Freiheitlichen zur Eindämmung des politischen Islam stets abgeblockt und immer nur beschwichtigt habe: „Anhand des Verbotsgesetzes könnte dieser Gefahr legislativ entgegengetreten werden. Aber die ÖVP hat das 2018 verhindert!“

Nehammer will nur vertuschen

Weil die „Untersuchungskommission“ alles andere als unabhängig sei, forderte Kickl die Koalition auf, von sich aus einen U-Ausschuss einzurichten, da der Opposition dazu wegen der Ibiza-Untersuchungen die Hände gebunden seien.



Foto: NFZ

Kickl: Österreicher wollen Aufklärung über den Anschlag in Wien.

Falls Schwarz-Grün das unterlasse, dann werde der FPÖ-Fraktionsführer im U-Ausschuss, Christian Hafenecker, den Kollegen aus der Opposition eine Abkürzung dieser Ibiza-Untersuchungen vorschlagen, um die geplante Aktion des

Verschleierns, des Vertuschens und des Zudeckens durch das schwarze Innenministerium zu verhindern.

„Das sind wir den Angehörigen der Opfer, aber auch der Sicherheit aller Österreicher schuldig“, betonte Kickl.

Blümels problematischer Gedächtnisschwund

86 Mal gestand ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel vor dem Ibiza-U-Ausschuss Probleme mit seinem Erinnerungsvermögen ein. In der vergangenen Woche tauchten bei den Budgetverhandlungen weitere merkwürdige „Wissenslücken“ des Finanzministers auf.

Am 6. November war Österreich noch von einem „Lockdown-light“ bis 30. November ausgegangen. Im Budget-Hearing war Regierungsexperte Christoph Badelt bereits sicher, dass dieser bis Mitte Dezember andauern werde. Zeitgleich haben etliche Skigebiete den Saisonstart auf den 17. Dezember verschoben. „Da frage ich mich, woher gewisse Unternehmer immer mehr wissen als die Mitglieder des Budgetausschusses“, wunderte sich FPÖ-Budgetsprecher Hubert Fuchs über diese „einseitige Informationsweitergabe“ durch die Bundesregierung.

Der „Lockdown-light“ wurde im Budget mit rund 1,6 Milliarden Euro berücksichtigt, der nunmehrige „harte Lockdown“ kommt da-



Foto: NFZ

Fuchs: vergesslicher Minister.

rin gar nicht vor – und wird auch nicht abgebildet werden, erläuterte Fuchs. Denn Finanzminister Gernot Blümel wolle sich diese Mühe erneut nicht antun, ein Budget unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen vorzulegen.

Wie auch der Finanzminister beharrlich verschweige, wer die exorbitanten Kosten der Krise bezahlen soll, kritisierte Fuchs, denn er verkünde weiterhin ein planmäßiges Inkrafttreten der Steuerreform: „Aber das, was der Minister tatsächlich bietet, ist Arbeitsverweigerung sowie Täuschung der Bevölkerung und des Parlaments über die tatsächliche Finanzlage der Republik.“

www.fpoe-parlamentsklub.at

FPÖ FREIHEITLICHER PARLAMENTSKLUB



Klubobmann Herbert Kickl: Bundesregierung gefährdet Österreich!

Die schwarz-grüne Bundesregierung schürt mit kuriosen Ampelschaltungen, unerträglichem Maskenzwang und willkürlichen Freiheitseinschränkungen die Corona-Panik, statt Massenarbeitslosigkeit und Pleitewelle wirksam zu bekämpfen. Wir wollen:

- » **Österreich-Tausender** zur Ankurbelung der Wirtschaft
- » **Regionalitätsoffensive** als Hilfe für lokale Produzenten und den Handel
- » **Höheres Arbeitslosengeld und Österreicher zuerst** am Arbeitsmarkt
- » **Preismonitoring und Teuerungsstopp** in Corona-Zeiten
- » **Nein zu Überwachungsstaat**, Masken- und Ampeltheater
- » **Volle Entschädigung** der vom Lockdown betroffenen Betriebe
- » **Volle medizinische Versorgung** für alle Bürger unabhängig von Corona
- » **Bessere finanzielle Förderung** für die Schaffung von **Lehrplätzen**
- » **Keine staatliche Schnüffelei** in privaten Wohnungen und Vereinslokalen
- » **Doppelte Familienbeihilfe**, wenn Schulen und Kindergärten geschlossen sind

Jetzt unterzeichnen!

ALLIANZ GEGEN CORONAWAHNSINN

GEZIELTER SCHUTZ
STATT NEUER LOCKDOWN!

WWW.CORONAWAHNSINN.AT



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Von der Leyen als Armeekommandantin?

Deutschland hat es recht eindrucksvoll geschafft, seine Bundeswehr auf den Status eines uniformierten Hilfswerks herunterzuwirtschaften. Einen tatkräftigen Beitrag leistete Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin, ehe sie an die EU-Spitze entsorgt wurde.

Aus der deutschen SPD kommt jetzt der glorreiche Vorschlag für eine eigenständige Europa-Armee. Nicht als Kooperation nationaler Armeen, sondern parallel zu diesen als „28. EU-Armee“, die direkt der EU-Kommission un-

terstellt sein solle. Womit „Commander in Chief“ von der Leyen dann nicht nur eine Bürokratie, sondern auch wieder eine Armee zum Herunterwirtschaften hätte.

Das Muster kennt man: Egal, worum es geht, die angebliche „Lösung“ ist immer noch mehr Macht für Brüssel und weniger für die Mitgliedsstaaten.

Wenn es um mehr Zentralismus geht, gibt es auch keine Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Konservativen. Im Sommer hatte etwa schon EVP-Fraktionschef Manfred Weber den Aufbau einer europäischen Einsatztruppe unter EU-Kommando gefordert.

Dass solche Vorschläge aus Deutschland kommen, das seine mangelhaft einsatzbereite Armee gesellschaftlich nahezu ächtet, macht sie nicht überzeugender. Der Union künftig noch mehr an Staatlichkeit und auch noch ein militärisches Instrument in die Hand zu geben, kommt für uns jedenfalls nicht in Frage.

Polen und Ungarn blockieren das EU-Budget

Polen und Ungarn haben ein Veto gegen die Budgetvereinbarung mit den zusätzlichen zwischen Europaparlament und deutschem Ratsvorsitz ausgehandelten Erhöhungen – und damit auch gegen das 750 Milliarden Euro schwere „Wiederaufbauprogramm“ – eingelegt. Die beiden Staaten wehren sich, dass die Auszahlung von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung sogenannter „rechtsstaatlicher Prinzipien“ geknüpft werden soll.

Weil dieser „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“ extra für diese beiden Länder wegen ihrer Einwanderungs-, Gender- und Zentralismus-kritischen Haltung bereits mit einfacher Mehrheit beschlossen wurde, zeichnet sich eine deutliche Verzögerung bei diesem deutschen Prestigeprojekt ab.

Kann das Finanzpaket nicht auf den Weg gebracht werden, wird der EU ab dem kommenden Jahr nur noch ein Nothaushalt zur Verfügung stehen. Zudem können die sehr großzügig definierten „Co-

ronavirus-Hilfen“ nicht ausbezahlt werden, zu deren Finanzierung die Kommission selbständig Schulden machen und deren Rückzahlung den Mitgliedsländern auferlegen kann.

Polens Justizminister Zbigniew Ziobro erklärte das Veto seines Landes auch mit den fortschreitenden Zentralisierungsplänen der Union. Polen zeige mit seinem Veto klar auf, dass es sich sein nationales Selbstbestimmungsrecht nicht weiter einschränken lassen wolle.



Orbán gegen EU-Zentralismus.

Noch immer kein E Präsidentschaftsw

Nach Georgia drohen auch in Michigan, Nevada un



USA 2020, gespalten vom Terror der Linken: Nach einer friedlichen Demonstration gehen Demokraten- und „Black Live Matter“-Schlägertruppen

In den USA tobt eine heftige Diskussion über Manipulationen und Betrügereien bei der Präsidentschaftswahl. In mindestens vier Bundesstaaten, wo es knappe Entscheidungen zugunsten Joe Bidens gegeben hat, droht eine Neuauszählung samt einer Überprüfung aller Briefwahlstimmen auf ihre Gültigkeit.

Die US-Wahlen sind noch nicht in der Weise entschieden, wie uns unsere Medien glauben machen wollen. Derzeit tut sich vor allem in Sachen des Wahlbetrugs eine ganze Menge in den USA.

So gab es in Michigan massive Probleme mit der Software der Wahlmaschinen, deren Ergebnisse nach händischer Auszählung in einigen Bezirken völlig konträre Ergebnisse erbrachten, sowohl bei der Präsidentschaftswahl, als auch bei den gleichzeitig abgehaltenen Senatswahlen. Überraschendes Ergebnis: Wo nachgezählt wurde, kehrten Trump und seine Republikaner die vorher angezeigte Niederlage in einen Wahlsieg um.

Eine „illegitime Wahl“

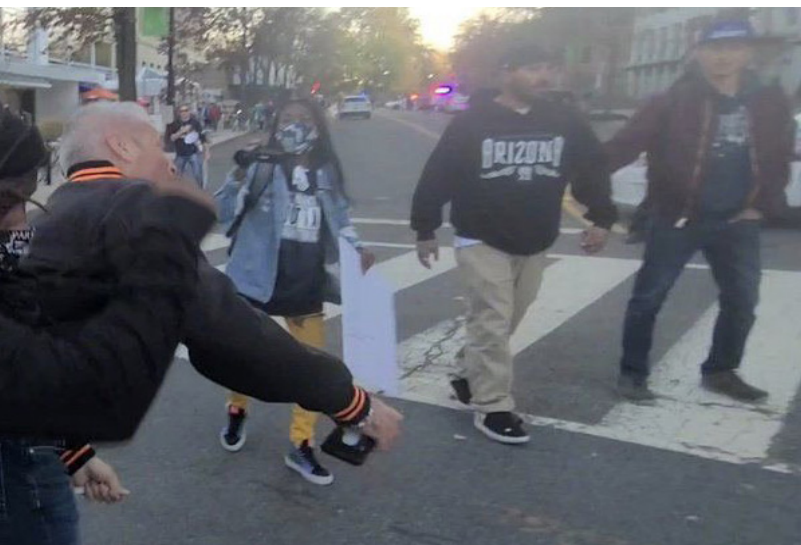
Zu den Vorfällen in Nevada äußerte sich sogar der Chef der obersten Wahlbehörde der USA, James E. Trainor, ungewöhnlich scharf: „Ich bin der Überzeugung, dass Wahlbetrug stattfindet an diesen Orten, ansonsten wäre es Wahlbeobachtern erlaubt gewesen, dabei zu sein. Wenn behauptet wird, dass

10.000 Leute, die nicht im Bundesstaat Nevada leben, in Nevada gewählt haben, man auf einem Video sieht, wie Leute entweder einen beschädigten Wahlzettel duplizieren oder einen Wahlzettel markieren, der unausgefüllt hereingekommen ist, dann ist das ein Prozess, der von Wahlbeobachtern beobachtet werden muss. Die Gesetze der Bundesstaaten sehen vor, dass Wahlbeobachter zugegen sein müssen. Und wenn sie das nicht sind, dann wird dem Gesetz nicht Folge geleistet und die Wahl ist eine illegitime Wahl.“

Es gibt weitere Belege, die zeigen, dass im hart umkämpften Bundesstaat Pennsylvania eine wahre Invasion von Zombies stattgefunden haben muss, denn einige Briefwähler waren bis zu 220 Jahre alt. Auszüge aus der Datenbank der zu beantragten Zusendung der Briefwahlunterlagen des Department of State des Bundesstaats Pennsylvania belegen, dass zumindest 914 Wähler, die bereits verstorben sind, dennoch per Briefwahl an der Präsidentschaftswahl im November

Ergebnis zur Wahl in den USA

und Pennsylvania Neuauszählungen der Stimmen



stration für die Aufklärung der Manipulationsvorwürfe bei den Präsidentschaftswahlen auf die Trump-Anhänger los.

teilgenommen haben.

In Georgia ist die Nachzählung samt Überprüfung aller Briefwahlstimmen bereits fixiert. In Michigan verlangen die republikanischen Abgeordneten im Parlament eine Nachzählung, die sie mit ihrer Mehrheit beschließen können.

Dasselbe gilt für Pennsylvania, auch hier wollen die Republikaner mit ihrer Mehrheit eine Nachzählung verlangen.

Neuauszählung in Pennsylvania

Völlig unerwähnt blieb in den heimischen Medien ein Urteil des

Präsidenten des Commonwealth Court of Pennsylvania. In diesem Urteil wird angeordnet, dass keine Stimme, die nach dem 9. November eingegangen ist, gezählt werden darf. Auf dieses Datum hat das Höchstgericht des Staates die Frist für Einwände bei Briefwahlstimmen verlängert. Damit aber hat der Commonwealth Court of Pennsylvania eine Verordnung der demokratischen Staatsministerin von Pennsylvania aufgehoben, die eine Ausweitung der Briefwahlfrist um drei Tage, also bis zum 6. November, sowie der Beschwerdefrist bis zum 12. November, angeordnet hatte. Zur Erinnerung: Das bisherige Ergebnis zum Vorteil von Joe Biden kam in den letzten Tagen durch die Auszählung dieser „verspäteten“ Briefwahlstimmen zustande.

Umso nervöser werden jetzt die Unterstützer des vorzeitig ausgerufenen Wahlsiegers Joe Biden. Die Aufrufe hochrangiger Abgeordneter der Demokraten, nach der Wahl mit den Trump-Anhängern abzurechnen, haben am Sonntag hunderte „Black Live Matter“-Aktivisten in der Hauptstadt Washington in die Tat umgesetzt: Sie bespuckten, verprügelten und beschossen Teilnehmer einer Pro-Trump-Kundgebung mit Feuerwerkskörpern.



Beeindruckende, aber friedliche Unterstützung für Trump.

KURZ UND BÜNDIG



Brüsseler Politwaffe

Der mit dem EU-Budget verbundene Mechanismus, Mitgliedsstaaten EU-Mittel zu kürzen, wenn diese gegen gewisse „europäische Grundwerte“ oder die „Rechtsstaatlichkeit“ verstoßen, sei nur ein Vorwand zur Schaffung eines Disziplinarmittels gegen unliebsame Regierungen, erklärte FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker und kritisierte die Zustimmung von Bundeskanzler Sebastian Kurz und seiner schwarz-grünen Regierung zu dieser Disziplinierungsmaßnahme: „Dieser Mechanismus ist pure Heuchelei, um gegen den EU-Zentralismus und national orientierte Regierungen wie jene Ungarns oder Polens willkürlich bestrafen zu können!“

Ende der Rechtsstaatlichkeit

Die aktuelle Lage in Griechenland zeigt das ganze Desaster der EU-Asyl- und Migrationspolitik auf. So hatte der griechische Migrationsminister Notis Mitarakis erklärt, dass man bei der Hälfte der rund 84.000 Asylwerber in Griechenland nicht wisse, wo sie sich befinden. „Da geht es nicht um ein paar Dutzend Menschen, sondern um Zehntausende“, bemerkte dazu der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky. 2019 hätten rund 79.000 illegal in Griechenland aufhältige Drittstaatsangehörige die EU verlassen müssen. 69.000 davon haben dieser Anordnung nicht Folge geleistet und sind einfach geblieben.



Immer mehr Afrikaner landen auf den Kanaren

Nicht nur über die Mittelmeer-Route strömen immer mehr Afrikaner nach Europa, sondern auch über die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln. Doch die Inselgruppe ist mit deren Aufnahme überfordert – und in der Bevölkerung wächst der Widerstand gegen die illegale Einwanderung.

In diesem Jahr erreichten bereits 14.500 Wirtschaftsmigranten aus Afrika die spanischen Atlantik-Inseln, neunmal so viele wie im vergangenen Jahr. Allein von Samstag bis Montag kamen mehr als 2.200 Migranten in 58 Fischerbooten auf den spanischen Urlaubsinseln im Atlantik an. So viele wurden zuletzt während der Flüchtlingskrise 2006 registriert, meldete die Nachrichtenagentur Europa Press. Die meisten Migranten kamen zuletzt hauptsächlich aus Marokko, dem Senegal, Mauretanien und Mali und somit ohne jede Chance, in der EU Asyl zu erhalten.

„Die Mittelmeerroute ist mittlerweile gut überwacht und die west-

afrikanischen Länder haben wegen der Corona-Pandemie die Rückführungsabkommen mit der EU ausgesetzt. So wollen immer mehr Menschen über die Kanaren Europa erreichen“, erklärte Jose Antonio Rodriguez, Notfall-Einsatzleiter des Roten Kreuzes.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson zeigte sich besorgt über die dramatischen Ankunftsahlen Illegaler und mahnte natürlich sofort eine Liberalisierung der Asyl- und Migrationspolitik der EU ein.



Immer Migranten auf Kanaren.

Angst- und Panikmacherei

Es gibt keine anderen Todesursachen als Corona. Sogar Opfer von Verkehrsunfällen landen in der Statistik als Corona-Tote. Trotz aller Tricks ist die Zahl der Menschen, die am Spitalsvirus sterben, vier Mal so hoch wie jene, die zu den „Corona-Toten“ gezählt werden. Jetzt sind auch alle Lungenkrankheiten, Thrombosefälle, Schlaganfälle und Herzinfarkte Folgen von Corona. Was sollen Massentests in drei Wochen, wenn alle Menschen jetzt in Quarantäne sind? Ohne soziale Kontakte keine Ansteckung, ohne Symptome keine Krankheit. Die Zwangstests sind vermutlich nur eine Generalprobe für die angekündigte Zwangsimpfung. Angeblich gibt es keinen Zwang, aber zwangsweise soll der elektronische Impfpass kommen. Das erinnert an China. Wer nicht „folgt“, der darf nicht mit den Offis fahren, darf nicht tanken usw., und für „Unfolgsame“ gibt es Umerziehungslager, in denen es zugeht wie in der DDR oder in der Sowjetunion. Wir sind ganz klar auf dem Weg in eine Diktatur. Im ORF wurden massive Kontrollen durch die Polizei und strenge Strafen angekündigt. Das ist das Ende der Meinungs-, Ausganges- und Reisefreiheit.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Geballtes Versagen

Wenn wir nach dem 2. Weltkrieg solche Kunixl (Nichtskönner) an den Schalthebeln gehabt hätten, dann hätten wir sicher keinesfalls standhalten können. Und noch etwas: Das Getue wegen Schulschließungen oder nicht können wir Kriegskinder, sofern noch am Leben, nicht mehr hören. Im Schuljahr 1944/45 hatten wir wegen der Kriegereignisse keinen geregelten Unterricht mehr. Nach Kriegsende mussten wir im Oktober 1945 das letzte Schuljahr wiederholen. So könnten die heutigen ahnungslosen jungen Politiker das auch machen, anstatt ein künstliches Kriegsszenario zu schaffen. Wir

LESER AM WORT



waren froh, dass die Bombardierei und der Beschuss aus Tieffliegern auf uns Schulkinder im Frühjahr 1945 vorbei war. Die Schule schien uns allen nicht wichtig, solange wir überlebt hatten. Wir haben aber alle eine gute Schulausbildung erhalten.

Maria Klungler, Kirchdorf/Tirol



Staatliche „Fake News“

Wenn es etwas gibt, wofür man sich schämen muss, dann ist das ein angefügelter, überprivilegierter Propagandajournalismus, der als Elendsgewinnler die eigene Weltanschauung für unfehlbare Analyse des Weltgeschehens erklärt. Dieser Journalismus kritisiert absurderweise nicht jene, deren Ruf sowieso schon ruiniert ist, weil sie sich Wohlverhalten diktieren lassen, oft zum Schaden der eigenen Bevölkerung. Richtig unerträglich aber ist die Häme, mit der gerade ARD, ZDF und ORF alternative Fakten beklagen, gleichzeitig mit solchen um sich

schleudern, dass man deren Geisteszustand anzweifeln muss. Wenn zum Beispiel US-Präsident Donald Trump für sein Corona-Management selbst dann noch lächerlich gemacht wird, obwohl die 27 EU-Länder an Neuinfektionen und Toten schon längst die USA überholt haben – mit Österreich an der Spitze! Ebenso schändlich ist die Häme und Unverstand, mit dem diese Journalisten Wahlbetrug ausschließen und Beweise als Lügen deklassieren, wo gerade in Österreich wieder einmal Wahlen wiederholt werden müssen, weil es in fünf steirischen Gemeinden zu Unstimmigkeiten (mutmaßlich nicht nachweisbarer Betrug) gekommen ist: So sollen Wahlkarten ohne Anträge der Wahlberechtigten (eine der vielen Parallelen zu den USA) ausgestellt worden sein oder nicht zuständige Organe die Briefwahlstimmen ausgezählt haben.

Armin Schütz, Wien

Ungültige Wahl

Jetzt hat das weltweite mediale Lügengetöse zu einem vorschnell ausgerufenen „gewählten Präsidenten Joe Biden“ erst einmal ein Ende. Der Vorsitzende der Federal Election Commission, Trey Trainor, hat seinen Hammer fallengelassen mit einer Entscheidung, auf die lange gewartet wurde: Er erklärte die Ergebnisse der Wahl im Bundesstaat Pennsylvania für ungültig.

Trainor, der höchststrangige Beamte der USA für Wahlangelegenheiten, bestätigte, dass nach seiner professionellen Ansicht, „in den Wahlen keine Transparenz gewahrt wurde“.

Wolfgang Caspart, Salzburg



Wirkliche Gefährder

Da beschäftigen sich Kommissionen und diverse Organisationen mit dem Problem, wie mit sogenannten Gefährdern und IS Rückkehrern umzugehen ist, ohne deren Rechte und Würde zu verletzen. Wo waren die Rechte und Würde ihrer Opfer? Sobald jemand einer fremden militärischen Macht die Treue schwört, hat er bzw. sie den Anspruch auf unser System verloren, Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Ausweisung, entweder in sein bzw. ihr Geburtsland, oder dem Land der fremden militärischen Macht. Eine Staatenlosigkeit dieser Person ist nicht Österreichs Problem. Wie kommen wir Steuerzahler dazu, diese tickenden Zeitbomben in unseren Kuschelgefängnissen zu resozialisieren?

J.G. Ehrenreich, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ-Neos: Neue Koalition bleibt auf altem Kurs

Intransparenz, Einwanderung und Autofahrerschikanen gehen weiter

Wer nach dem Ausscheiden der Grünen aus der Wiener Landesregierung ein Kurswechsel erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht“, erklärte FPÖ-Chef Dominik Nepp zur Präsentation des Programms der rot-pinken Rathauskoalition.

Nepp vermisste in der Präsentation klare Ansagen und konkrete Konzepte für die angeschlagene Bundeshauptstadt: „Leere Phrasen und fehlender Mut werden Wien nicht weiterbringen. Unsere Stadt braucht ein Sicherheitskonzept, ein Programm für soziale Fairness und das Motto ‚Österreicher zuerst‘. Doch nichts dergleichen wurde verkündet.“

Ganz im Gegenteil, es drohe die Fortsetzung des rot-grünen Kurses, kritisierte der FPÖ-Chef. Den Einwanderern werde weiterhin der rote Sozialhilfe-Teppich ausgerollt, der wachsenden Kriminalität wer-



Nepp: Kein Kurswechsel bei der neuen Koalition im Rathaus.

de weiterhin hilflos zugesehen, die Autofahrer würden weiterhin schikaniert und die Wiener auch unter Rot-Rosarot weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt.

FPÖ fordert Kurswechsel

Den Neos sei es mit ihrer Forderung nach größtmöglicher Transparenz genauso ergangen wie ihren grünen Vorgängern: Die SPÖ habe das sofort abgedreht.

Der Wiener FPÖ-Chef schlug daher der neuen Stadtregierung einen „Österreicher-Pakt“ vor. „Dieser sieht unter anderem vor, dass Gemeindebauwohnungen nur noch an Staatsbürger vergeben werden, die Mindestsicherung an Integrationswilligkeit, Sprachkenntnisse und Arbeitsbereitschaft geknüpft wird sowie einen Asyl-Aufnahmestopp in der Bundeshauptstadt“, betonte Nepp.

Aufhebung der Kurzparkzonenregelung

„Aufgrund des Dienstag in Kraft getretenen ‚Lockdown‘ muss die Aufhebung der Parkpickerl- und Kurzparkzonenregelung in Wien erfolgen“, forderte der Verkehrssprecher der Wiener Freiheitlichen, Toni Mahdalik. In Salzburg oder Wels sei man da schon weiter und habe die Gebührenpflicht in den Kurzparkzonen mit Beginn am Dienstag aufgehoben.

Wenn Rot-Rosarot den „Kampf gegen das Virus“ wirklich ernst nehme, wie man behaupte, dann müssten sie allen Bürgern die Möglichkeit bieten, auch ohne Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel mobil zu bleiben, bemerkte Mahdalik.

„Denn gerade in den Straßenbahnen, U-Bahnen und Autobussen ist aufgrund der Menschendichte die Ansteckungsgefahr am höchsten“, appellierte Mahdalik an die Vernunft der neuen rot-rosaroten Stadtregierung.

Daher sollte man gerade den Risikogruppen die Möglichkeit bieten, die öffentlichen Verkehrsmittel zu meiden, forderte der freiheitliche Verkehrssprecher. „Es muss nun wieder möglich sein, in Wien sein Auto ohne Parkgebühren benutzen zu können, so wie dies bereits im Frühjahr der Fall war“, erinnerte Mahdalik an die von der damaligen Stadtregierung erlassene Aufhebung der Kurzparkzonen.



Mahdalik: Stadt muss Kurzparkzonenregelung aussetzen!

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ausgerechnet auf der Praterstraße, von der aus man auf der einen Seite bis zum Stephansdom, auf der anderen Seite zum Tegetthoff sieht, zu zwei sehr österreichischen Hervorbringungen also, hab ich einen Kollegen aus der Kabarettszene getroffen. Ich verschweig seinen Namen, er mag's vielleicht nicht.

Jux-Regierung

Er hat mir geschildert, wie's ihm jetzt geht. Erstens hat er keine Auftritte mehr, also null Verdienst. Und zweitens, hat er gesagt, wär's mit Kabarettistischem sowieso nicht zu machen. Schließlich kann ein Abend nicht nur mit Stegreif-Gspäß gefüllt werden, er braucht schon ein bissl Vorbereitung. Und da hapert's.

Wenn der Anschober heute was sagt, ist das nach zwei Tagen völlig anders. Wenn der Faßmann heute was beschließt, widerruft er es morgen. Wenn die Tanner was ankündigt, stellt sich das schon kurze Zeit später als Rauchbombe heraus.

Jetzt etwa hat der Nehammer die Fußfessel für Terrorverdächtige erfunden. Mein Gesprächspartner konnte zwar bereits bei Bekanntwerden dieser Idee herzlich lachen, aber beim ersten Attentat samt Fußfessel vergeht einem halt der Humor. Wir sind dann Richtung Steffi weitergegangen.

Aber beten hilft auch nicht.

SALZBURG **Grüne Rechenkünste**

„Die Abschaffung der Hacklerregelung wird für die Grünen nur schwer zu argumentieren sein, deshalb versuchen sie sich jetzt in eine frauenpolitische Maßnahme hinein zu argumentieren“, bemerkte die Salzburger FPÖ-Chefin Marlene Svazek zum schwarz-grünen „Frühstarterbonus“. Tatsächlich kostete die Abschaffung der Hacklerregelung die betroffenen Familien mehrere hundert Euro im Monat. „Und die wollen die Grünen jetzt mit 60 Euro monatlich refundieren“, wunderte sich Svazek über die grünen Rechenkünste.

BURGENLAND

Neu in der AK

Am Freitag, dem 13. November, fand in Eisenstadt coronabedingt die einzige Vollversammlung 2020 statt. Der neu gewählte Obmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer Burgenland, Kammerrat Alexander Reinprecht, wurde Fraktionsvorsitzender. Nachgerückt in die Vollversammlung ist der Freiheitliche Alexander Kasin.



Foto: FPÖ Burgenland

A. Reinprecht

VORARLBERG **Selektiver Kinderbonus**

Die FPÖ-Familiensprecherin im Vorarlberger Landtag, Andrea Kerbleder, bezeichnete es als Armutszeugnis für die schwarz-grüne Regierung, dass rund 37.000 Kinder den Kinderbonus im September 2020 nicht erhalten haben. Das geht aus der Beantwortung einer FPÖ-Anfrage durch ÖVP-Familienministerin Christine Aschbacher hervor. So wurde etwa allen Kindern, deren Anspruchsberechtigung auf Familienbeihilfe zwischen April und September 2020 endete, kein Kinderbonus ausbezahlt. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, auch jenen Eltern, die um den Kinderbonus ‚umfallen‘, diese Unterstützung zukommen zu lassen. Gerade wenn man weiß, dass der Kinderbonus auch für rund 80.000 Kinder bezahlt wurde, die sich nicht einmal in Österreich aufhalten“, betonte Kerbleder.

Heimische Autozulieferindustrie nicht in den Ruin treiben

FPÖ für breiten Mix an Antriebsarten statt Fixierung auf Elektroautos

Freiheitliche warnen vor dem Verlust von tausenden Arbeitsplätzen in Oberösterreich durch die Versteifung Brüssels alleine auf die E-Mobilität.

„Um tausende Arbeitsplätze in Oberösterreich zu retten, sind der Ausbau und der koordinierte Erhalt aller Antriebsarten unumgänglich“, erklärte die freiheitliche Wirtschaftssprecherin Evelyn Kattnigg zu dem letzte Woche im Landtag beschlossenen Antrag von FPÖ und ÖVP zur Absicherung der heimischen Automobilindustrie.

OBERÖSTERREICH 

Foto: BMW

EU-Fixierung auf Elektroautos gefährdet tausende Arbeitsplätze.

bringen, hob Kattnigg die Forderung nach Einbeziehung der Automobilindustrie zur Erarbeitung von Umweltschutz-Lösungen hervor.

So verhindere in Deutschland das Bundesumweltamt bereits die Zulassung von neuen, emissions-

armen Dieselmotoren, die ein CO₂-Einsparpotenzial von 65 Prozent aufweisen, mit der Begründung, es sei kein Verbrennungskraftstoff mehr erforderlich, da man sich auf die E-Mobilität als neue Strategie konzentriere.

KÄRNTEN

Amazon-Förderprogramm

„ÖVP und Grüne haben über Wochen das Ziel ausgegeben, einen zweiten ‚Lockdown‘ zu verhindern. Getan hat man dafür nichts. Im Gegenteil: Mit dem Dienstag in Kraft getretenen ‚Lockdown‘ geht die Entmenslichung unserer Gesellschaft und Vernichtung betrieblicher Existenzen weiter. In Wahr-

heit ist der ‚Lockdown‘ ein groß angelegtes Förderprogramm für internationale Konzerne wie Amazon & Co.“, kritisiert Niederösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer die monatelange Untätigkeit der Regierenden.

Während die ohnehin schon krisenbeutelten heimischen Dienstleister und Handelsbetriebe zwangsgeschlossen werden, könne sich Amazon-Chef Jeff Bezos die Hände reiben, bemerkte Landbauer. Mit November und Dezember werden dem Handel die beiden umsatzstärksten, wichtigsten Monate des Geschäftsjahres geraubt. Pro „Lockdown“-Woche rechnet der Handelsverband mit einem Umsatzausfall von mindestens 900 Millionen Euro.

„In Summe kostet der ‚Lockdown‘ laut Berechnungen des IHS rund eine bis 1,5 Milliarden Euro pro Woche. Die Zahl der dadurch vernichteten Arbeitsplätze werden wir im Jänner erfahren“, betonte Landbauer.



Foto: FPÖ Niederösterreich

Landbauer fordert Unterstützung des heimischen Handels.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Reinhard Teufel

Hände weg vom Waffengesetz!

Nach dem islamistischen Attentat am 2. November werden schon wieder Rufe nach einer Einschränkung im Waffengesetz laut. „Das ist der falsche Weg“, betonte der niederösterreichische FPÖ-Landtagsabgeordnete Reinhard Teufel: „Terroristen kaufen ihre Waffen üblicherweise nicht beim lizenzierten Waffenhändler, sondern besorgen sich ihre Waffen sowieso illegal und zumeist im Ausland.“ Diese Forderung aus dem linken Eck, den legalen Waffenerwerb oder legalen Waffenbesitz noch strenger als jetzt reglementieren zu wollen, mache daher keinen Sinn.

KÄRNTEN



Foto: MZ

Kranke und Pflegebedürftige nicht wegsperren, denn sie brauchen Kontakt mit den Angehörigen.

Nein zu Besuchsverbot in Spitälern und Pflegeheimen

Vereinsamung belastet Patienten und Heimbewohner schwer

Die FPÖ ist gegen ein generelles Besuchsverbot in Spitälern und Pflegeheimen, da dieses für die Betroffenen eine zusätzliche Belastung mit sich bringt.

Die FPÖ Kärnten stellt sich gegen ein generelles Besuchsverbot in Spitälern und Pflegeheimen, da die Vereinsamung einen Krankheitsverlauf massiv negativ beeinflussen kann und auch für die Heimbewohner eine schwere Belastung darstellt. „Menschlichkeit ist jetzt gefragt! Die Antigen-Schnelltests bieten eine wirksame Handhabe, um einen Besuchsstopp in unse-

ren Pflegeheimen und Krankenhäusern zu verhindern“, erklärte Kärntens FPÖ-Obmann Gernot Darmann und forderte, dass diese Schnelltests bei allen Besuchern eingesetzt werden. Das Tragen von kostenlos zur Verfügung gestellten Masken mit hohen Sicherheitsstandards und ein negativer Schnelltest würden das Risiko der Virus-Einschleppung minimieren.

„Lockdown“ trifft Ältere hart

Denn Erfahrungen in Deutschland haben klar gezeigt, dass vor allem Bewohner von Pflegeheimen unter dem „Lockdown“ im Früh-

jahr gelitten haben. Dieser angeordnete Verzicht auf Kontakte mit den Familienangehörigen hat bei vielen Pflegebedürftigen zu Depressionen geführt und den Alterungsprozess beschleunigt.

„Wir müssen jetzt alles daran setzen, um Besuchsverbote in den Pflegeheimen und den Krankenhäusern zu verhindern, denn sowohl für unsere Pflegebedürftigen, als auch für schwerkranke oder verunfallte Patienten ist ein positiver Zuspruch in dieser harten Zeit besonders wichtig“, betonte Darmann in einer Reaktion auf den angeordneten zweiten „Lockdown“.

Nein zum „Schul-Lockdown“!

Entgegen der Empfehlung der Corona-Kommission sowie gegen den erklärten Willen von Lehrern, Schülern und Eltern schickte die schwarz-grüne Bundesregierung am Dienstag abermals sämtliche Schüler ins „Distance Learning“. Aber nicht nur Mittelschulen und AHS-Unterstufen, auch Volksschulen und sogar Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ihre Pforten schließen – zumindest für den Großteil der Kinder.

„Dass die Koalition mit diesem ‚Bildungs-Lockdown‘ leichtfertig

die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel setzt, ist ein Wahnsinn“, empörte sich der steirische FPÖ-Bildungssprecher Stefan Hermann. Das Chaos komplettiere der Umstand, dass der Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit, der erst unlängst präsentiert wurde, während des nunmehrigen „Lockdown“ nicht gelte, weil ja immerhin die theoretische Möglichkeit auf Betreuung in den Schulen und Kindergärten bestünde. „Das ist ein Skandal! Familien brauchen dringende Unterstützung“, forderte Hermann.

STEIERMARK



Foto: FPÖ Steiermark

Hermann: Nein zum schwarz-grünen „Bildungs-Lockdown“!



LÄNDER-SACHE

Gernot Darmann

FPÖ-Landesparteiobmann Kärnten

Rund um Corona-Wahnsinn und Terror ist ein Thema in den Hintergrund gerückt: die Masseneinwanderung unter dem Deckmantel des Asyls. Wenn man sich die Entwicklung ansieht, bekommt man den Eindruck, dass das der Regierung nur recht ist. Seit März behauptet die ÖVP mit Kanzler Sebastian Kurz und Innenminister Karl Nehammer an der Spitze, die Grenzen seien geschlossen und es gebe de facto keine Einwanderung und keine neuen Asylwerber mehr.

Lug und Trug

Die Realität sieht, wie so oft bei dieser ÖVP-Grünen-Marketingregierung, ganz anders aus. In Kärnten erleben wir ein beinahe wöchentliches Auffüllen des Asyl-Verteilerzentrums in Ossiach. In Villach sind bereits rund 200 Asylwerber in einem wieder eröffneten Großquartier des Bundes untergebracht, von denen jetzt fast die Hälfte positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Somit werden diese Asylwerber nicht nur zu einer massiven finanziellen Belastung für die Steuerzahler, sondern auch zur Gefahr für die lokale Bevölkerung.

Wo ist das versprochene Schließen unserer Grenzen im Sinne unseres Sozialsystems? Wo bleibt der Vorrang für unsere Österreicher, den die FPÖ seit langem fordert? Nichts davon ist zu sehen. Man kann der ÖVP einfach nicht vertrauen, wenn es um das Wohl und die Sicherheit unserer Bürger geht. Während für die Mindestsicherung für Einwanderer und Asylanten weiter genug Geld vorhanden ist, wird bei der eigenen hart arbeitenden Bevölkerung der brutale Sparstift angesetzt und die Hacklerregelung abgeschafft. Das ist die eiskalte Politik der ÖVP!

GEZWITSCHER



Eugenius-Backup für Def_izit

@Eugeniu60846686

Ganz was anderes: Wenn ein Innenminister uns mit falschen Schwerpunkten oder zu späten Erkenntnissen gefährdet, gilt dann für ihn die [#Sicherungshaft](#) um weitere Schäden zu vermeiden.

11. Nov. 2020 10:58

Dass die ÖVP ein „Gefährder“ ist, müsste seit dem „Lockdown“ im März hinlänglich bekannt sein.

Christian Ortner

@OrtnerOnline



Ein weiterer, bevorstehender Lockdown? „Das ist keine Ente, sondern eine Entenfarm“ (Rudolf Anschöber, Ende September 2020)

16. Nov. 2020 17:27

Ein weiteres Beispiel mit welcher Planlosigkeit unsere Bundesregierung über den Sommer der zu erwartenden Infektionswelle im Herbst entgegenschlummerte.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

13. November 2020

Europa schafft sich ab. Wir halten mit aller Kraft dagegen. Die Islamisierung Österreichs kann nur eine Partei stoppen: Die FPÖ!



13.587 Personen gefällt das.

Eine „Flüchtling“ – lebt mit zwei Ehefrauen und zwei Kindern in Hamburg von der Sozialhilfe – sieht keinen Grund, sich Arbeit zu suchen.

Corona: Die mediale Echokammer der Bundesregierung

Die 32 Millionen Euro Corona-Sondermedienförderung wirkt

Eine klares Beispiel für Meinungskauf ist die schwarz-grüne „Corona-Sonderförderung“. So schaltet man Kritik gezielt aus.

32 Millionen Euro extra verteilte die schwarz-grüne Bundesregierung nach dem ersten „Lockdown“ an Österreichs Medien. Eine sehr effektive Investition der Koalition, denn seither agieren die Medien als Echokammer. Selbst bei den umstrittensten Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte der Österreicher wird die von der Bundesregierung reklamierte „Alternativlosigkeit“ bedingungslos akzeptiert.

Bedingungslose Kanzlertreue

Die „KronenZeitung“ etwa, mit 2,72 Millionen Euro größter Nutznießer des „Corona-Segens“, hat die Durchhalteparolen des Kanz-



Die „Krone“ und Du – und natürlich der Bundeskanzler.

lers bei ihrer letzten Kampagne „Du entscheidest“ übernommen: „Je konsequenter wir jetzt durchhalten, Abstand halten, daheimbleiben und Verantwortung übernehmen, um so zuversichtlicher können wir Österreicherinnen und Österreicher sein, die Krise möglichst bald überstanden zu haben.“

Die mit 1,8 Millionen bedachten Konkurrenten „Heute“ und „Österreich“ stehen dem Marktführer

in ihrer unerschütterlichen Treue zum Kanzler und seiner „Kriegsrechts-Regierung“ um nichts nach.

Im Dienste des Förderungsherrn wird dann hemmungslos auf die auf Kollegen, die sich ihre kritische Meinung nicht abkaufen haben lassen, als „Corona-Leugner“ hingedroschen. Lieblingsfeind ist natürlich „Servus TV“: Der Sender der „Wutbürger“, die sich den Luxus einer eigenen Meinung leisten.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Ungezügelter Freude bereiten der „KronenZeitung“ die totalitären Anwendungen des ÖVP-Bundeskanzlers. So jubelt sie dessen Ankündigung zu „Gratistests“ für drei Millionen Österreicher, als ob der Kanzler diese sponsern würde und sie nicht auf Kosten der Steuerzahler

gehen würden. Und dagegen ist natürlich nur die böse FPÖ und deren Klubobmann Herbert Kickl, der sich erdreistet gleich einen Teststopp für alle zu fordern, die gar keine Symptome haben.



Gegen die Verschwendungssucht der Regierenden tritt die FPÖ in Bund und Ländern

an. So auch im Burgenland, wo FPÖ-Chef Alexander Petschnig das „Budget des früheren Partners“ zerpfückt, wie der „Kurier“ berichtet. Nachdem die FPÖ für ausgeglichene Budgets gesorgt hatte, wirft die alleinregierende SPÖ jetzt wieder mit Geld um sich, als gäbe es kein Morgen, kritisiert Petschnig: „Das Prinzip Hoffnung ist keine seriöse Budgetpolitik.“

„Trumps Lügen haben Wirkung“, gefällt sich der „ZIB1“-Moderator am vergangenen Sonntag in der Rolle des moralisch entrückten Anklägers – ohne jeden Beweis zu liefern. So wirft der ORF auch Trump permanent vor, zu seinen Vorwürfen der Wahlfälschung keine Beweise vorlegen zu können. Das überlässt dieser seinem Anwalt Rudy Giuliani vor den jeweiligen Gerichten – und das mit Erfolg. Wer ist also der Lügner?

Am Sonntag hat Trump, so der „ZIB1“-Moderator mit der nächsten Behauptung ohne jeden Beweis, seine Anhänger „aufgehetzt“, nämlich zu einer – laut allen US-Medien – friedlichen Demonstration.



GISBÄRS TV-NOTIZ

Zum Schluss berichtete der ORF-Korrespondent von „Zusammenstößen“ zwischen Trump-Anhängern und -Gegnern. Dass die Gewalt dabei einzig von den „Black Live Matter“-Randalierern ausging, verschwieg der Mann vorsichtshalber, um die Fake News des „Spalters“ Donald Trump auf-

rechtzuerhalten. Weil der ORF-Reporter sich für den Bericht mit einer Kriegsreporter-Schutzweste ausgestattet hatte, phantasierte der „ZIB1“-Moderator in der Abmoderation über die „Gefährlichkeit“ eines friedlichen Demonstranten.

Am Samstag davor vermeldete die „ZIB1“ den Hinweis, dass Trump bei Corona versagt habe, trotz eines „weltweiten Rekords an Neuinfektionen“. Und in den USA gebe es einen „neuen alarmierenden Rekord bei Neuinfektionen“, blökte es dann aus dem Bericht. Tatsächlich liegt die Sieben-Tage-Inzidenz der USA bei der Hälfte der österreichischen.

Und ich muss GIS zahlen für Lügen und Desinformation?



www.fpoe-parlamentsklub.at

FPO FREIHEITLICHER
PARLAMENTSKLUB

Klubobmann Herbert Kickl: **Bundesregierung gefährdet Österreich!**

Die schwarz-grüne Bundesregierung schürt mit kuriosen Ampelschaltungen, unerträglichem Maskenzwang und willkürlichen Freiheitseinschränkungen die Corona-Panik, statt Massenarbeitslosigkeit und Pleitewelle wirksam zu bekämpfen. Wir wollen:

- » **Österreich-Tausender** zur Ankurbelung der Wirtschaft
- » **Regionalitätsoffensive** als Hilfe für lokale Produzenten & den Handel
- » Höheres Arbeitslosengeld und **Österreicher zuerst** am Arbeitsmarkt
- » Preismonitoring und **Teuerungsstopp** in Corona-Zeiten
- » **Nein zu Überwachungsstaat**, Masken- und Ampeltheater
- » **Volle Entschädigung** der vom Lockdown betroffenen Betriebe

Jetzt unterzeichnen!

**ALLIANZ GEGEN
CORONAWAHSINN**

**GEZIELTER SCHUTZ
STATT NEUER LOCKDOWN!**

WWW.CORONAWAHSINN.AT

FBI Freiheitliches
Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

☒ Partei ☐ Parlament ☐ Publikationen ☐ Seminare ☐ Veranstaltungen

DIE FREIHEIT, DIE WIR MEINEN!

Eine Doku-Serie über die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ – neue Filmreihe

„Die Freiheit, die wir meinen!“ ist der Titel der neuen Youtube-Serie des Freiheitlichen Bildungsinstituts. Es geht dabei um die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ – von der bürgerlichen Revolution im Jahr 1848 bis heute. Ab sofort ist die mehrteilige Serie auf dem Youtube-Kanal des Freiheitlichen Bildungsinstituts anzusehen.

Anhand von zeitgenössischen Bildern aus den jeweiligen Epochen und originalem Film- und Videomaterial wird Geschichte authentisch erlebbar. Sie ist spannend und leicht verständlich aufbereitet und wird von der jungen Generation hinterfragt. Sehen Sie die kurzen Videos über die Geschichte der FPÖ hier an:

 www.youtube.com/c/freiheitlichesbildungsinstitut



FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

fbi-politikschule.at